

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig November 2019 Nr. 180

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Wahlen sind durch (Rückblick auf Seite 3) und wir wagen zu hoffen, dass sich jetzt eventuell mal etwas in unserem Sinne bewegen wird – zum Beispiel im Falle der bürgerlichen Front, die sich vereint für eine Anpassung des Söldnergesetzes zu Gunsten von Pilatus einsetzt (ebenfalls Seite 3). Auch um Söldner geht es auf Seite 5, hier aber aus der Sicht der UNO. Weitere internationale Themen, die uns in dieser Ausgabe beschäftigen sind die beängstigende Situation in Hong Kong und der INF-Vertrag auf Seite 4, sowie auf Seite 5 die aktuellen Spannungen zwischen dem Iran und den USA, und ein Videospiel, das sich um die Thematik der Flucht dreht.

Doch zurück zu unseren Projekten: Die Planung der beiden Referenden gegen den Kauf neuer Kampffjets und der Quasi-Abschaffung des Zivildienstes kommen immer näher und auch die Abstimmungskampagne der Kriegsgeschäfte-Initiative ist nicht mehr allzu weit weg. Alle wichtigen Informationen dazu gibt es auf Seite 6 und 7.

Ebenfalls auf Seite 7 geht es zudem noch um die Wehrpflichtersatzabgabe, deren Regelung eine gravierende Anpassung durchlaufen hat und um den unrühmlichen Dauerbrenner der Fichen und der Geheimarmee P-26.

Ach, und etwas ganz wichtiges: Habt ihr es auch gehört? Wir waren hoch erfreut, als Anfang September die RUAG verkündete, den Geschäftszweig Ammotec und somit die Produktion von Munition einzustellen. Oder war das alles nur ein Theater? Neben einem Rückblick zu einem Besuchstag der Infanterie und unserem 30-Jahre-Jubiläum zur Armeeabschaffungs-Initiative beschäftigen wir uns auf dieser Seite damit.

Zum Schluss dann, auf Seite 8, stellen wir euch Kishor vor, den neuen Sekretär im Seki Bern. Er wird Nicolas ersetzen, der uns Ende Jahr verlassen wird. Kishor kennt sich gut aus mit der Mobilisierung von Freiwilligen und wird sich unter anderem um die Regionalgruppe Bern kümmern, die nun auch, wie die Gruppen in Basel (Seite 3) und Zürich, Themenanlässe organisiert.

Wir wünschen ein frohes Jahresende und gute Lektüre,
Judith Schmid und das Redaktionsteam

COLOMBIER

Charmoffensive der Armee

Am Samstag 24. August 2019 lud das Schloss Colombier zum Tag der offenen Türen. Organisiert haben diesen Event der Kanton Neuenburg, die Schweizer Armee, die Polizei und die Gemeinde Milvignes. Ihr Ziel war, der Öffentlichkeit ausgewählte Bereiche der Armee zu präsentieren. Wir haben uns mit einem Besuch einer absurden Veranstaltung gestellt. Von Aline Bressoud

Breits 2014 haben die Kantonsbehörden einen solchen Tag der offenen Türen im Schloss Colombier organisiert. Nun wollten sie dieses Ereignis wiederholen und haben dieses Mal enger mit der Armee zusammengearbeitet. Ziel war, so Oberstleutnant Edouard Vifian zu Matinael RTN, «der Bevölkerung zu zeigen, was unsere Rekruten und Milizsoldaten machen». Die Show konnte also beginnen.

An der Veranstaltung wurden demnach die Tätigkeiten der Armee vorgestellt und auch Militärmaterial ausgestellt. So spazierten wir zwischen Sturmgewehren und Granatwerfern, durchquerten ein Biwak und hatten schlussendlich die Ehre, einer fiktiven Übung der In-

fanterie 2 beizuwohnen, die auf dem Szenario eines Terrorangriffs basierte.

«Armee, die Spass macht», so lautete das Motto des Tages, um auf Vifians Aussagen zurückzukommen. Natürlich waren die Kinder das Zielpublikum. Dementsprechend viele vergnügliche Angebote standen zur Auswahl: Neben Schminkständen gab es eine Hindernisbahn, bei der Kinder mit Spielzeuggewehren schiessen oder mit Plastikbällen Granaten werfen üben konnten.

Ökologie: ganz oben auf der Prioritätenliste der Armee

Der Höhepunkt des Tages war dann aber das Mitfahren im Piranhapanzer. Viola Amherd hatte zwar in einem Interview mit der NZZ am Sonntag gesagt, das Verteidigungsdepartement müsse in den Bereichen Energieeffizienz und Umweltschutz eine Vorreiterrolle einnehmen. Doch dieser Tag stand ganz im Zeichen der Missachtung der Klimaanliegen: den ganzen Tag fuhr ein Piranhapanzer im Kreis auf einem Gelände im Süd-Osten der Gemeinde.

ARMEEABSCHAFFUNGS-INITIATIVE

Rückblick mit Ausblick

Die erste GSoA-Initiative zur Abschaffung der Armee liegt dreissig Jahre zurück. Viel ist passiert, viel ist noch zu tun.

Von Magdalena Küng

Der 26. November 1989 löste in der politischen Landschaft der Schweiz ein kleines Erdbeben aus: 35,6 Prozent der Stimmbewölkerung sagten Ja zur Abschaffung der Armee. Dass die Armee von über einem Drittel der Stimmdenden nicht getragen wird, hätten sich grosse Teile der bürgerlich geprägten politischen Landschaft wohl nicht im Traum vorstellen können. Für die Armee selbst, die die eigene Selbstverständlichkeit nie in Frage gestellt sah, war das Resultat ein regelrechter Schock.

Die erste GSoA-Initiative ermöglichte ein Durchbrechen der militärischen Überpräsenz in sicherheitspolitischen Diskussionen, aber auch in der Gesellschaft als Ganzes. Sie ebnete

den Weg für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes und legte die Fundamente für eine institutionalisierte Kritik an der Armee. Im Rahmen der Jubiläumsfeier in Bern wurden die Momente der Abstimmung und ihre Auswirkungen Revue passiert. Die zahlreich erschienen Gäste diskutierten aber auch über die Zukunft – und über die Herausforderungen, die sich jeder Bewegung stellen, die eine Alternative zur militarisierten Sicherheitspolitik etablieren will. Denn seien es exorbitante Kosten für eine unnötige Luftverteidigung oder die Bemühungen der Rüstungsindustrie um lockere Exportbedingungen, die Arbeit der GSoA bleibt aktuell und notwendig. Die generationenübergreifende Unterstützung, die sich am Jubiläumstreffen zum ersten Mal zeigte hat, bestärkt die GSoA, ihren Weg weiterhin mit kreativen Lösungen, viel Elan und der notwendigen Sturheit zu gehen.



Regisseur Mike Bonanno am Ruag-Event im Zürcher Hauptbahnhof.
Bild: Philip Frowein

THEATER NEUMARKT

RUAG Green?

Am 9. September 2019 machte ein Video die Runde: Äusserst professionell und aufwendig liess die RUAG verkünden, dass sie sich neu in RUAG Green umbenennen und die gesamte Waffenproduktion einstellen würde. Die Meldung entpuppte sich kurze Zeit später als gelungene Aktion des Theater Neumarkt in Zürich. Von Lewin Lempert

Mit epischer Stimme wird in einem Video, das an einem Montagmorgen Anfang September ins Netz gestellt wurde, verkündet: «Betrübt müssen wir feststellen, dass unsere Produkte grossen Schaden anrichten. [...] Aus diesem Grund schliessen wir ab sofort und für immer die Abteilung Ammotec. Ab heute produziert die RUAG nur noch zum Wohle des Menschen und unseren Planeten.» Weiter heisst es im Vi-

deo des angeblich umbenannten Konzerns RUAG Green: «Wir werden unsere Schwerter einschmelzen und daraus Windkraftwerke bauen.» Zeitgleich mit dem Video wurde eine täuschend echt aussehende Medieneinladung für eine Pressekonferenz verschickt, welche der RUAG-Konzern angeblich um 11.00 im Hauptbahnhof Zürich abhalten wollte.

Spätestens an der Pressekonferenz wurde allen Journalistinnen und Journalisten klar: Bei der Ankündigung handelte es sich um eine Aktion des Theater Neumarkt in Zusammenarbeit mit der AktivistInnen-Gruppe *The Yes Men*. Ziel war es, utopische Szenarien aufzuzeigen und auch die aktuellen Skandale rund um die RUAG zu thematisieren. Erst vor kurzem wurde beispielsweise aufgedeckt, dass einmal mehr RUAG-Handgranaten in Syrien aufgetaucht sind.

Privat statt Green

Auch angesichts der bevorstehenden Privatisierung der RUAG Ammotec – also der ge-

samten Munitionssparte der RUAG – weckt die Aktion nicht nur utopische Ideen, sondern sie spricht auch aktuelle Probleme an. Mit der geplanten Privatisierung des Munitionsbereichs fällt in einem äusserst heiklen Bereich die letzte Kontrollmöglichkeit durch das Parlament und den Bundesrat weg. Während der letzten Jahrzehnte hat der Staat als Alleineigentümer der RUAG deren Munitionsproduktion massiv vorangetrieben. Dies führte dazu, dass die RUAG im Munitionsbereich eines der weltweit führenden Unternehmen geworden ist. Nun soll diese Munitionsproduktion schlicht an den Meistbietenden verschert werden. Dies öffnet Tür und Tor für noch problematischere Geschäftspraktiken wie beispielsweise den Bau einer Munitionsfabrik in Brasilien. Eigentlich wollte die RUAG diesen Bau längst umsetzen, doch der Bundesrat hatte das Vorhaben – auch dank dem Druck von AktivistInnen – in letzter Sekunde gestoppt. Die aktuelle Entwicklung geht also nicht hin

zu einer «grüneren» RUAG, sondern vielmehr hin zu einer noch skrupellosem, privatisierten RUAG. Dank der Aktion des Theater Neumarkt konnte dieser Missstand in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Für uns als GSoA ist klar: Es wäre für den Planeten, unsere Umwelt und uns Menschen um einiges vernünftiger, würde die Utopie einer RUAG Green nicht Utopie bleiben, sondern vielmehr zur Realität werden.

WAHLEN 2019

Wahlen 2019

Der in Freilandhaltung aufgewachsene und klimaneutrale grüne Wurm zerfrisst den SVP-Apfel. Die Grüne Partei gewinnt die historische Klima- und Frauenwahl.

Von Moritz Lange

Die vielversprochene grüne Welle überrollt den Nationalrat. Die Grüne Partei gewinnt satte 17 Sitze hinzu und kommt neu auf 28 Mandate – nur eines weniger als die FDP. Auch die Grünliberale Partei konnte starke Gewinne verzeichnen. Sie konnte neun Sitze dazugewinnen und

kommt neu auf 16 Mandate. Für die Klimadiskussion sind dies sehr erfreuliche Wahlergebnisse. Fraglich ist aber, wie es im neuen Parlament um die GSoA-Positionen steht. Aus dem Smartvote Profilen der Gewählten lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

- Am besten steht es für die Verschärfung des Zivildienstgesetzes. Diese vom Bundesrat angedachte Verschärfung, welche im Ständerat mit 32 Ja-Stimmen angenommen wurde und voraussichtlich in der Wintersession im neu zusammengesetzten Nationalrat behandelt wird, hat gute Chancen verworfen zu werden. So lehnen alle NationalrätInnen der Grünen Partei und der GLP die Verschärfung ab. Zu-

sammen mit der SP und einigen Abweichlern aus anderen Parteien könnte es reichen für ein Nein.

- Bezüglich der Schweizerischen Waffenexporte sieht es nur halb rosig aus. Zwar befürworten alle NationalrätInnen der Grünen Partei ein totales Exportverbot, jedoch nicht alle der GLP und schon gar nicht die, von den übrigen Parteien. Immerhin lehnt einer Mehrheit des neuen Nationalrats Exporte in Bürgerkriegsländer ab.
- Schliesslich bleibt noch die Frage der Kampfflugzeuge. Die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen wird von der ganzen Grünen Fraktion abgelehnt. Allerdings stehen sie damit, zu-

sammen mit der SP, eher alleine da. Die Grünliberale Fraktion stimmt der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen mehrheitlich zu.

Zum Schluss möchten wir noch gratulieren: Lewin Lempert, Magdalena Küng, Jean Burgmeister und Thomas Bruchez, allesamt aktuelle GSoA-SekretärInnen, stellten sich diesen Herbst zur Wahl. Leider hat keine/r von Ihnen die Wahl geschafft, aber dennoch möchten wir ihnen herzlich zu ihrem Ergebnis gratulieren. Lewin hat in Zürich 63'043 Stimmen geholt, Magdalena im Aargau 13'092 Stimmen, Jean in Genf 4'917 Stimmen und Thomas, ebenfalls in Genf, 1'556 Stimmen.

REGIONALGRUPPE BASEL

Klima, Konflikt und viel Diskussionsstoff

Die GSoA Regionalgruppe Basel traf sich vor einigen Wochen, um über die Zusammenhänge zwischen Klimakrise und Konflikten zu reden. Es wurde ein Abend zwischen Ohnmacht und Tatendrang.

Von Magdalena Küng

Eins steht fest: Es braucht nicht mehr als eine Handvoll Leute, um einen ganzen Abend engagiert zu diskutieren – vorausgesetzt, man redet über die Klimakrise. Für die GSoA geht es dabei aber nicht ausschliesslich darum, welches die besten Lösungen für die Verhinderung des drohenden Kollapses sind, oder wie mit jenen bürgerlichen Kräften umzugehen ist, die sich die letzten Jahrzehnte geweigert haben, ihren persönlichen Konsum dem Schutz der Umwelt unterzuordnen, jetzt aber plötzlich die Eigenverantwortung als Königsweg bezeichnen und nichts von strukturellen Änderungen wissen wollen. Denn zwei Aspekte finden in der aktuellen Diskussion viel zu wenig Raum: Dass die Klimakrise ein globales Sicherheitsrisiko ist, für welches keine Armee der Welt eine Antwort bieten kann, und dass die militarisierete Sicherheitspolitik die Umwelt weiter verpestet, statt etwas zu ihrer Rettung beizutragen.

Klimapolitik ist Sicherheitspolitik

Überflutete Küsten, verdorrte Böden und Ressourcenknappheit sind sekundäre Effekte des Klimawandels, die einen kausalen Zusammenhang zwischen Klima, Migration und Konflikt offensichtlich werden lassen. Das wird in diversen Kreisen weder angezweifelt noch bestritten. Der zweite Schritt aber, daraus die Folgerung abzuleiten, dass wir ein anderes Verständnis von Sicherheitspolitik brauchen, scheint Vielen schwerzufallen. Sicherheitspolitik wird immer noch reaktiv verstanden und umgesetzt, statt dass der Fokus bei der Prävention von Konflikten liegen würde. Das zeigt

sich am deutlichsten, wenn man die entsprechenden Budgets vergleicht: Das Friedensforschungsinstitut SIPRI berechnete die Ausgaben für militärische Aufrüstung im Jahr 2018 auf 1822 Milliarden US-Dollar. Im Vergleich dazu nimmt die Klimarahmenkonvention der UNO (UNFCCC) beispielsweise für die Jahre 2020–2021 ein Budget von 161 Millionen Euro an. Die Zahlen sind per se nicht direkt vergleichbar, weil zum Budget der UNFCCC die nationalen Finanzpläne dazugerechnet werden müssen. Die Rahmenkonvention ist aber immerhin zuständig für die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Kli-

matische und verantwortlich für «the global response to the threat of climate change», wie es auf deren Website heisst – und somit in ihrer Effizienz direkt abhängig von den verfügbaren Geldern.

Nicht nur unnützlich sondern schädlich

Das der Fokus der Sicherheitspolitik falsch gelegt ist, ist leider nur eine Seite der Medaille. Die 1822 Milliarden für Rüstungs- und Militärgüter alimentieren nämlich eine der dreckigsten Industrien überhaupt, die tatkräftig an der Zerstörung der Umwelt weiterarbeitet. Und so kommt es, dass die Politik nicht nur ignoriert, dass der Klimawandel dringende sicherheitsrelevante Fragen mit sich bringt, sondern auch noch an dessen Beschleunigung mitarbeitet, indem kein Land auf der Welt gewillt scheint, das internationale Wettrüsten zu stoppen.

Wie man sich angesichts eines so grossen, komplexen Systems und auch angesichts der immer knapper werdenden Zeit motivieren kann, sich für ein gesundes Klima und für eine nachhaltige Sicherheitspolitik einzusetzen, darüber wurde in der ReGru nur noch kurz gesprochen. Denn in einem waren sich alle einig: Nichtstun ist keine Alternative.



PILATUS

Bürgerliche Schutzpatrone für Trainingsflugzeuge

Der Entscheid des EDA, dass Pilatus ihre Dienstleistungen in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) einstellen muss, löste einen Sturm der Entrüstung in den rechts-bürgerlichen Rängen im Parlament aus. Mit der Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht erreicht Pilatus zudem einen Aufschub bis zur Entscheidung. Von Judith Schmid

Die Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten: Das EDA-Verbot löste vor allem in der Innerschweiz eine Welle der Entrüstung aus. Der Bundesrat wurde auf seinem Ausflug Anfang Sommer, der dieses Jahr ausgerechnet nach Stans führte, mit Zeter und Mordio empfangen. «Bundesbern zerstört Arbeitsplätze» lautete die Botschaft auf den gebastelten Protestschildern. Ende August dann reiste die Nid-

waldner Regierung nach Bern, um bei den Bundesräten Cassis und Parmelin ihren Unmut gegenüber dem EDA-Entscheid kund zu tun – welche scheinbar, wen erstaunt's, ein offenes Ohr für das Anliegen hatten.

Jemen, was ist das?

Auch weite Teile des bürgerlichen Parlaments stellen sich hinter den Flugzeughbauer. Je eine Motion im National- und Ständerat von Peter Keller (SVP) und Hans Wicki (FDP) nehmen nun das Söldnergesetz ins Visier – jeweils unterschrieben von zahlreichen Miteinreichenden. Sie alle verlangen eine Anpassung des erst 2015 verabschiedeten Gesetzes, weil dieses laut Ständerat Wicki «dem Wirtschaftsstandort Schweiz erheblichen Schaden» zufüge und – gemäss Nationalrat Keller – die «expansive Auslegung» des Gesetzes den Schweizer Werk-

platz treffe und so zahlreiche Arbeitsplätze, technologisches Wissen und den Produktionsstandort in der Schweiz gefährde. Vom Krieg im Jemen mit den rund 200'000 Todesopfern, der dieser bereits forderte, und der Rolle der Saudis und der VAE darin, deren Militärschliesslich durch die Pilatus Flugzeugwerke unterstützt werden, sprach bis anhin kein Mensch. Dies wiederum lässt die gesamte Argumentation der bürgerlichen PolitikerInnen zwar in einem stringenten, jedoch einmal mehr schockierend ignoranten Licht erscheinen. Die beiden Motionen werden voraussichtlich in der Wintersession behandelt und somit vom neu gewählten Parlament. Es bleibt also zu hoffen, dass wir bereits erste Früchte des Linksrutsches ernten können und die Vorstösse abgelehnt werden. Ansonsten muss sich die GSoA überlegen, allenfalls das Referendum

gegen eine solch opportunistische Gesetzesänderung zu ergreifen.

Aufschub des Verbots

Derweilen wird in Stans vorerst aufgeatmet: Das Bundesverwaltungsgericht hat im September entschieden, dass die Pilatus-Supportleistungen in den beiden Golfstaaten bis zu seinem definitiven Entscheid weiterhin erbracht werden dürfen. Anfang Sommer hiess es noch, dass die Arbeiten innert 90 Tagen eingestellt werden müssen. Nach wie vor offen ist aber, ob der Fall für den Flugzeughbauer strafrechtliche Konsequenzen haben wird. Denn die Anzeige, die das EDA bei der Bundesanwaltschaft eingereicht hat, ist noch hängig.

INF-VERTRAG

Der Atom-Irrsinn

Im Sommer hat die USA den historischen INF-Vertrag gekündigt. In Russland ereignete sich auf einem Militärstützpunkt ein Atom-Umfall, dessen Auswirkungen im Dunkeln bleiben. Zudem werden weiterhin munter Kurzstreckenraketen produziert, die mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden können. Es stellt sich die Frage, wie solche Ereignisse geopolitisch zu bewerten sind.

Von Martin Parpan

Anfang August hat die USA den 30 Jahre alten INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) gekündigt. Der INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme war 1987 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion geschlossen worden. Beide Seiten verpflichteten sich, auf landgestützte ballistische Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern zu verzichten. Der Vertrag leitete das Ende des Kalten Kriegs ein. Ebenfalls im August 2019 ereignete sich ein Unfall auf einem Mili-

tärstützpunkt in der russischen Arktis. Klar ist, dass dabei radioaktive Isotope ausgetreten sind. Bei der Explosion starben fünf Wissenschaftler. Über weitere Auswirkungen auf Menschen und Umwelt weiss man noch nichts. Weniger beachtet als diese medienwirksamen Ereignisse wird weltweit weiterhin in die atomare Aufrüstung investiert. So hat beispielsweise Nordkorea in den vergangenen Jahren viel Energie in die Weiterentwicklung seines Raketenarsenals investiert. Die Rede ist davon, dass Atom-sprengköpfe produziert werden sollen, die so klein sind, dass sie mit Interkontinentalraketen transportierbar sind.

Immer mehr vom Gleichen

Diese Ereignisse und Entwicklungen sind sehr beunruhigend. Beunruhigend deshalb, weil sie in eine Zeit fallen, in der an den Schalthebeln der Macht oft narzisstische Egomane sitzen, die man auf der politischen Weltbühne lieber nicht sehen würde. Und wenn, dann sicherlich

nicht im Zusammenhang mit Atomwaffen. Beunruhigend ist es aber vor allem auch deshalb, weil in Zeiten von zunehmender politischer Verunsicherung immer wieder feststellbar ist, dass auf die Politik der Aufrüstung und Provokation nicht mit Deeskalation und der Forderung nach Abrüstung reagiert wird. Ganz im Gegenteil: Es wird eine Dynamik ausgelöst, die nach immer noch mehr Rüstung und noch höheren Verteidigungsbudgets schreit. Das Motto lautet: Auf mehr Zerstörungspotential kann nur mit noch mehr Zerstörungspotential geantwortet werden. Der Effekt lässt sich leicht an Zahlen ablesen. So stiegen im vergangenen Jahr die Militärausgaben global auf rund 1822 Milliarden US-Dollar, wie das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzt. Dies ist so viel, wie seit dem Kalten Krieg nie mehr. Im Schlepptau der Rüstungsgiganten USA, China, Russland nutzen auch in Europa Kräfte aus dem rechten Lager die Gunst der Stunde, um zusammen mit der Rüstungsindustrie höhere Ausgaben für die militärische Verteidigungs- und Rüstungspolitik zu fordern. Sekundiert werden diese Kräfte von Donald Trump, der von den Mitgliedsstaaten der NATO fordert,

ihr Militäretat auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.

Rüstungswettlauf

Investitionen in Waffen werden von rechten Politikern als Solidaritätspolitik zu Gunsten einer gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa umgedeutet. Es gehe darum, gemeinsam Lasten zu tragen, um beispielweise China die Stirn bieten zu können. Etwas anders verläuft die Argumentationslinie bei rechten Politikern in der Schweiz. Sie verweisen darauf, dass die geopolitischen Wirren und der Verlust der unbestrittenen Vorreiterrolle der USA dazu führten, dass die Schweiz wieder vermehrt auf eigenständige Verteidigungspolitik setzen müsse. In dieser Grundstimmung wird es dann auch möglich, dass Viola Amherd ein Armee-Budget von sechs Milliarden fordern kann, und dies in weiten Kreisen als notwendiger Schritt in unsicheren Zeiten angesehen wird. Irgendwo erinnert diese Logik auch an jenes Denken, welches in den USA von den Waffenlobbyisten praktiziert wird. Hat sich an Schulen wieder einmal ein Massaker ereignet, dann wird gefordert, dass man eben die LehrerInnen bewaffnen müsse. Ist doch logisch – oder?

HONGKONG

Schweizer Waffen gegen die Demokratie

Und wieder: Schweizer Waffen in den Händen von Sicherheitskräften, die mit Waffengewalt gegen die Zivilbevölkerung vorgehen. Die GSoA fordert ein Exportverbot für Kriegsmaterial nach Hongkong und China. Von Andreas Weibel

Der 70. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China, 1. Oktober 2019. 15'000 Soldaten marschieren in Peking über den Platz des Himmlischen Friedens. 180 Flugzeuge, 580 Panzer und andere Waffensysteme. Staats- und Parteichef Xi Jinping lässt die Armee Stärke demonstrieren und präsentiert sich als starker Mann. Gleichzeitig demonstrierten in Hongkong Zehntausende gegen die Lokalregierung und den Einfluss Pekings. Es kommt zu schwe-

ren Zusammenstössen. Im Gerangel zieht ein Polizist seine Pistole und schießt einem Protestierenden aus kurzer Distanz in die Schulter. Der Getroffene taumelt und geht schwer verletzt zu Boden.

Mangelhafte Demokratie

Hongkongs Geschichte ist wechselhaft. Grossbritannien besetzte die Stadt im Süden Chinas im Laufe des ersten Opiumkrieges 1861 und erklärte das Gebiet zur Kronkolonie. Ende des 19. Jahrhunderts pachtete Grossbritannien von China zusätzliche Gebiete rund um den Stadtkern von Hongkong für 99 Jahre. Was nach dem Auslaufen der Pachtverträge mit Hongkong geschehen sollte, regelten die zwei Länder Mitte der 1980er-Jahre in einem Vertrag:

Grossbritannien gab Hongkong im Jahr 1997 an China zurück, die Stadt erhielt jedoch für weitere 50 Jahre den Status einer Sonderverwaltungszone mit weitgehender innerer Autonomie sowie Garantien für die Menschenrechte und für ein marktwirtschaftliches System. Die Doktrin nennt sich «Ein Land, zwei Systeme». Trotz dieser Garantien ist Hongkong weiterhin keine vollständige Demokratie. Während der Zeit als Kronkolonie regierte ein von London eingesetzter Gouverneur die Stadt, quasi als gutmütiger Diktator. Und das aktuelle Parlament Hongkongs, der Legislativrat, ist eine seltsame Mischung aus direkt gewählten VertreterInnen und von Berufsverbänden und Unternehmen bestimmten Abgeordneten. So stellen beispielsweise die

Architekturbüros einen der 70 ParlamentarierInnen, ebenso die Versicherungskonzerne oder die Bekleidungsindustrie.

Proteste mit Regenschirmen

Schon seit Jahren fordern breite Teile der Hongkonger Bevölkerung mehr Demokratie, vor allem eine vollständig freie Wahl des Legislativrates. Regenschirme sind zum Symbol der Bewegung geworden. Die DemonstrantInnen verwenden ihre Regenschirme nicht nur als Schutz vor Regen und Sonne – sondern auch vor Pfefferspray und Überwachungskameras. Die Massenproteste der letzten Monate richteten sich auch gegen die Annäherung der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam an Peking, insbesondere ein von ihr eingebrachtes neues Gesetz über die Auslieferungen Verdächtiger an die chinesische Zentralregierung. Allen Beteiligten ist klar, dass die heutigen Auseinandersetzungen auch entscheiden, was in 30 Jahren geschehen wird, wenn der Rückgabevertrag zwischen China und Grossbritannien auslaufen wird. Die Proteste von heute sind daher auch ein Kampf für die zukünftige Freiheiten und zukünftige demokratische Mitbestimmung.

Schweizer Waffen

In den vergangenen zehn Jahren hat die Schweiz Gewehre, Munition und Nachtsichtgeräte für hunderttausende von Franken an die Polizei von Hongkong verkauft. Und das Seco, die Bewilligungsbehörde für Kriegsmaterialexporte, hat bekanntgegeben, dass es Gesuche für Exporte weiterhin prüfen und allenfalls bewilligen würde. Die GSoA fordert deshalb ein Lieferverbot für Waffen nach China und damit auch an Hongkong. Es ist offensichtlich, dass die Gefahr besteht, dass die Polizei das Material gegen die Zivilbevölkerung einsetzen könnte. Es ist seit Jahren absehbar, dass es um die Zukunft der ehemaligen Kronkolonie zu Konflikten kommen wird. Dass das Seco dennoch Waffenexporte bewilligt zeugt davon, dass die Schweizer Behörden nicht willig oder fähig sind, solche Konflikte vorherzusehen. Das muss endlich aufhören. Auch damit in Hongkong niemand befürchten muss niedergeschossen zu werden, wenn er für seine demokratischen Rechte auf die Strasse geht.

Eine Strasse voller Regenschirme, das Symbol der Proteste in Hongkong.

Bild: Pasu Au Yeung/Wikimedia Commons



IRAN

Worin mündet die Eskalation?

Das Verhältnis zwischen dem Iran und den USA hat sich seit Juni 2019 erneut auf beunruhigende Weise angespannt. Ein militärischer Konflikt ist zu befürchten. Ein Krieg zwischen den beiden Ländern wäre zweifelsohne besonders blutig. Dass Donald Trump Präsident geworden ist, hat bestimmt zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen. Doch der Iran ist schon seit mehreren Jahren Ziel amerikanischer Falken. Von Jean Burgermeister

Am 13. Juni wurden ein norwegischer und ein japanischer Ölfrachter in der Strasse von Hormuz angegriffen. Obschon sich niemand zum Anschlag bekannte, beschuldigte der amerikanische Präsident öffentlich den Iran und goss damit Öl ins Feuer. Während die USA

1000 zusätzliche Soldaten in die Region entsandten, verkündete Teheran, eine amerikanische Drohne, die über iranisches Territorium flog, abgeschossen zu haben. Trump drohte daraufhin mit einer militärischen Antwort, die nie kam. Er habe Angriffe auf strategische militärische Ziele angeordnet, diese in letzter Sekunde jedoch wieder abgesagt. Nach einer kurzen Sommerpause verhärteten sich die Fronten erneut. Am 14. September griffen Drohnen zwei saudi-arabische Ölfelder an. Die Huthi Rebellen im Jemen bekannten sich zu dieser Attacke. Doch Washington sah dahinter eine von den IranerInnen beeinflusste Operation und drohte erneut mit Sanktionen. Somit verschärft sich die Krise und es ist mittelfristig mit einer militärischen Auseinandersetzung zu rechnen.

Bereits 2018 verkündete Donald Trump, sein Land trete aus dem Vertrag, den sein Vorgänger mit dem Iran ausgehandelt hatte, aus. Schwere Sanktionen wurden daraufhin verhängt, welche dramatische Folgen für die iranische Wirtschaft hatten.

Alte Konflikte

Doch das Verhältnis zwischen den beiden Ländern ist schon länger, nämlich seit der Revolution 1979, mal mehr, mal weniger angespannt. So waren für George W. Bush sowohl der Irak wie auch der Iran Teil der von ihm so genannten «Achse des Bösen». Aus strategischer Sicht war es für die USA seit dem Zweiten Weltkrieg wichtig, die Kontrolle in der als «Ölhahn der Welt» bezeichneten Region zu behalten.

Angesichts dieser Tatsachen scheint eine friedliche Lösung gefährdet. Indem sie sich einseitig aus dem Vertrag gezogen und erneut Sanktionen verhängt haben, verunmöglichen die USA den Dialog mit der iranischen Regierung. Diese kann nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren, ohne dass dies im Landesinnern wie eine Kapitulation als Reaktion auf eine Aggression gewertet wird. Trumps Strategie besteht nach eigenen Angaben darin, den «Iran in die Knie zu zwingen», um einen für die USA besseren Vertrag auszuhandeln. Nur wenige Länder haben es den USA gleichgetan, indem sie den Iran beschuldigten und ihm drohten. Einzig Saudi-Arabien und Grossbritannien sind Trump gefolgt.

GAMEREVIEW

This War of Mine

«This War of Mine» ist ein Computerspiel des polnischen Spielentwicklers 11 Bit Studio. Das Survival-Spiel ist ein Anti-Kriegsspiel der seltenen Sorte. Es zeigt eindrücklich die Gräuel des Krieges auf. «Spielspass» sucht man vergebens. Von Michael Christen

Das Ziel des Spiels besteht darin, den Krieg aus der Sicht von ZivilistInnen zu zeigen. In einem Szenario sind die beiden Hauptfiguren Adam und dessen Tochter Amelie. Zu Beginn stehen die beiden in einem halb zerbombten Haus, das ihr neuer Unterschlupf sein wird. Amelie ist sehr krank und liegt die ganze Zeit in ihrem Bett. Daher kann sie nicht mithelfen, den Unterschlupf auszubauen, Lebensmittel zu suchen oder zu kochen. Also muss der Vater alles alleine machen. Dies ist insbesondere ein Problem, weil er den Unterschlupf nur in der Nacht verlassen kann. Am Tag ist die Gefahr zu gross, von Scharfschützen erschossen zu werden. Da die Tochter aber krank ist, kann der Vater sie nicht alleine lassen. Das heisst er kann

nicht, wie im Spiel vorgesehen, in der Nacht in andere Häuser oder Läden einbrechen und Lebensmittel oder Medikamente suchen. Schliesslich taucht ein Schwarzmarkthändler vor der Tür auf. Adam muss den grössten Teil der gefundenen Nahrungsmittel und das Wasser gegen ein Medikament für die Tochter eintauschen. Nach drei schlaflosen Nächten (der Vater kann nicht schlafen, sondern muss in der Nacht Wache stehen) bricht Adam zusammen und am nächsten Tag ist die Tochter verschwunden.

Immer auf der Suche

Adam vermutet, dass sein Bruder, mit dem er seit langem in Streit liegt, in der Nacht eingebrochen ist und die Tochter mitgenommen hat. Dies in der Hoffnung, dass er mit einem Kind durch den gerüchteweise vorhandenen humanitären Korridor fliehen kann. Jetzt besteht die Aufgabe für Adam darin seine Tochter zu finden. Als er nach mehreren Nächten endlich eine andere Person trifft, die ihm sagen könnte, wo sich die Tochter befindet, ist das Problem, dass die andere Person diese Information nur



Stimmungsbild aus «This war of mine». Screenshot

im Tausch gegen Lebensmittel verrät. Beim Versuch solche zu ergattern, bricht Adam in der Nacht in den Flughafen ein. Dort lauern weitere tödliche Gefahren auf ihn. Ob er diese Hürde überleben wird?

Der Designer des Spiels antwortet in einem Interview auf die Frage, ob «This War of Mine»

Spas machen soll: «Nein, es soll eine Erfahrung sein. Es ist eine unangenehme Erfahrung. Aber eine, die es wert ist, sie erlebt zu haben.»

Das Spiel ist auf der Plattform «Steam» für die Playstation 4 und die Xbox one erhältlich.

PRIVATE MILITARY COMPANIES

Heuchlerische Schweiz

Vom 13. bis am 17. Mai 2019 war eine UN-Delegation der Arbeitsgruppe zum Einsatz von Söldnern auf offiziellm Besuch in der Schweiz. Es ging um die Evaluation der Massnahmen, die entwickelt wurden, um dem Söldnerwesen im Rahmen der sogenannten «Private Military Companies» (PMCs) zu begegnen. Die Delegation untersuchte in erster Linie, wie sich die Regelungen auf die Menschenrechte auswirken. Von Aline Bressoud

Private Militäranbieter entspringen einer neoliberalen Tendenz, die sich nach dem Kalten Krieg verstärkt herausbildete und die den privaten Sektor für effizienter als den öffentlichen

hält. Dieser Paradigmenwechsel veränderte teilweise die traditionelle Rolle des Staates als Besitzer des Gewaltmonopols inner- und ausserhalb seiner Grenzen. Der Einsatz von Personen, die von PMCs angestellt werden, wirft schliesslich die Fragen nach der demokratischen Legitimität solcher Firmen und deren Verantwortung in internationalen Konflikten auf. Diese Fragen sind umso dringlicher, seit sich die Skandale rund um die PMCs in den letzten Jahren gehäuft haben.

Das vorläufige Fazit der Delegation unterstreicht die nicht vernachlässigbare Rolle der Schweiz in der Regelung von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen: So beteiligte sich die Schweiz unter anderem am internationalen

Verhaltenskodex für private Sicherheitsunternehmen. Sie präsidiert zudem dieses Jahr die freiwilligen Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte. All diese Initiativen tragen dazu bei, dass die Verantwortung der PMCs in den Bereichen Menschenrechte und Prävention von Übergriffen durch das Personal wahrgenommen werden.

Die Schweiz nimmt ihre Verantwortung innerhalb ihrer Grenzen nicht wahr

Dennoch hat die Delegation zahlreiche Kritiken am Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen angebracht. Zwar ist eines der Ziele dieses Gesetzes «die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, zu garantieren» (Art. 1, Ziff. d), aber es enthält bisher keinerlei Über-

wachungsmechanismus in diesem Bereich. Weiter werden die Sicherheitsaufgaben, die an Private delegiert werden können, nirgends klar definiert. Noch besorgniserregender ist, dass es in vielen Kantonen keine gesetzliche Grundlage zur Regelung dieser privaten Anbieter gibt. So erinnert die Delegation daran, dass einige Akteure befürchten, gewisse private Sicherheitsaufträge könnten an Firmen vergeben werden, die den Normen nicht entsprechen, doch finanziell konkurrenzfähiger sind.

ZIVILDIENTST

Der Ständerat unterstützt die Reform

Während sich der Ständerat für die Reform ausspricht, die den Zugang zum Zivildienst massiv erschweren soll, findet das VBS die Zahlen zu der angeblich bedrohten Kampfstärke der Armee wieder. Eine kleine Bilanz zu einer Reform, die wie ein Ruf zur Ordnung daherkommt. Von Nicolas Félix

Am 11. September stimmte der Ständerat mit 26 zu 11 Stimmen und zwei Enthaltungen für den Vorschlag des Bundesrats, der es schwieriger machen will, Zivildienst leisten zu können. Der offizielle Grund dafür lautet: Der Bestand der Armee soll erhalten bleiben und die im letzten Jahrzehnt stark gestiegene Anzahl Gesuche für den Zivildienst sollen reduziert werden. Die Ratsmitglieder nahmen sich nicht die Zeit, die in den Jahren 2017 und 2018 rückläu-

fige Zahl der Gesuche zu analysieren. Zudem fehlte ein Bericht zu den «positiven» Auswirkungen der geplanten Massnahmen auf den Bestand der Armee. Die Ratsmitglieder handelten somit übereilt und ohne Grundlagen. Wie es der Zufall will, verkündete das VBS sieben Tage später und nach zweijähriger Unterbrechung, die Wiederaufnahme der kompletten Auszählung der Anzahl Militärangehörigen.

Wieder zum Status Quo zurückfinden

Laut dieses kürzlich veröffentlichten Berichts verfügt die Armee über einen Bestand von 140'304 SoldatInnen. Der Sollbestand war während der letzten Armeereform auf 100'000 festgesetzt worden. In diesem Zusammenhang macht die Dringlichkeit mit der in der Debatte für eine Reform argumentiert wurde, betroffen.

Es überrascht, dass der Ständerat so einfach nachgegeben hat und den zutiefst negativen oder gar bestrafenden Massnahmen zugestimmt hat. So ging es laut gewissen Ratsmitgliedern ganz explizit darum, die sogenannten «Auswüchse» im Zivildienst zu korrigieren und nicht, den Militärdienst attraktiver zu machen. Man kommt nicht umhin sich zu fragen, ob die Befürwortung dieser Reform nicht allen voran ein Zeichen des tiefen Grolls gegenüber all jenen ist, für die nützlich sein nicht mit dem Tarnanzug gekoppelt ist.

Die Gesellschaft als grosse Verliererin

Gemäss ebendiesen Zahlen, können die berühmten «Bestandverluste» der Armee in drei gleich grosse Gruppen unterteilt werden. Ein Drittel entscheidet sich gleich nach der Ausbe-

bung für den Zivildienst. Ein weiteres Drittel verlässt die Truppe wegen Gesundheitsproblemen und das letzte Drittel wechselt nach der Rekrutierung zum Zivildienst. Genau auf diese letzte Gruppe setzen die UnterstützerInnen der Reform ihre Hoffnung und wollen ihnen deshalb den Übertritt in den Zivildienst möglichst schwer machen und sie so in der Armee behalten. Es besteht jedoch keine Garantie, dass dies effektiv den Bestand der Armee sichert. Denn es ist durchaus möglich, dass diese Soldaten den blauen Weg einschlagen werden und die Zivilgesellschaft dadurch ihre Dienste verlieren wird. Letztere wäre somit die grosse Verliererin, sollte der Nationalrat im Dezember die Reform ebenfalls unterstützen – ausser wir kämpfen gemeinsam mit einem Referendum gegen dieses Vorhaben!

KRIEGSMATERIALFINANZIERUNG

Die SNB investiert massiv in das Geschäft mit dem Tod

2019 hat die SNB ihre Investitionen in amerikanische Rüstungsfirmen auf mehr als zwei Milliarden aufgestockt. Die Zahlen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht gross verändert. Über die letzten Jahre betrachten aber ist die Tendenz erschreckend steigend. Von Jean Burgermeister

Solche Investitionen der Nationalbank eines neutralen Landes dürfen berechtigterweise in Frage gestellt werden. Die Kriegsgeschäfte-Initiative der GSoA will aber darüber hinaus gehen und solche Investitionen gänzlich verbieten. Per 1. Januar 2019 hatte die Schweizer Nationalbank Anteile in amerikanischen Rüstungsfirmen von

mehr als zwei Milliarden Franken. Diese Zahlen veröffentlichte die Securities and Exchange Commission, die amerikanische Börsenaufsicht. Eine solche Summe lässt einen aufhorchen, zumal sie in den letzten Jahren stets zugenommen hat: Im Januar dieses Jahres war sie mehr als viermal grösser als noch zur selben Zeit vor fünf Jahren (460 Millionen Franken). Damit steht die SNB jedoch nicht alleine da, denn die Investitionen aller Schweizer Fonds zusammengenommen betragen mehr als neun Milliarden Franken – und auch hier ist die Tendenz steigend.

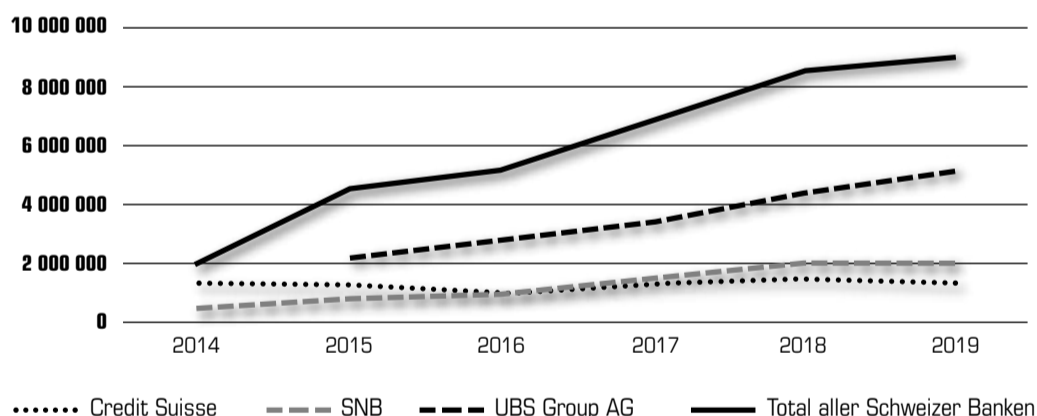
Hunderte von Millionen für Atomwaffen

Ein grosser Teil der Investitionen der SNB, knapp 700 Millionen, ging an die Boeing Group. Diese ist vor allem im Bereich Atomwaffenproduktion aktiv. Sie stellt unter anderem die Langstreckenbomber B-52 her, welche nukleare Marschflugkörper abwerfen können. Weitere 400 Millionen gingen an Honeywell International, die etwa 85%

der nichtnuklearen Bestandteile der amerikanischen Atomwaffen herstellt.

Schluss mit Waffenfinanzierung!

Nun stelle man sich die unanständige Grösse des militärischen Portfolios der SNB auf die gesamte Welt hochgerechnet vor. Für andere Länder sind nämlich keine Daten verfügbar und die Nationalbank hütet sich, zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Es ist für die Notenbank eines neutralen Landes schwer zu rechtfertigen, warum sie in diesem Ausmass am Geschäft mit dem Krieg teilnimmt. Gerade angesichts dieser Zahlen ist die GSoA-Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» so wichtig. Sie ist das Mittel, um diese Art von Investitionen zu stoppen. Denn die SNB irrt sich, wenn sie in diesem Zusammenhang von einem Zwang spricht: Es ist eine Entscheidung. Die skandinavischen Banken, die sich aus dem Rüstungsgeschäft zurückgezogen haben, beweisen es.



KAMPFJETS

Ständerat sagt JA zu neuen Kampfjets

Während der vergangenen Herbstsession hat der Ständerat den Kauf neuer Kampfjets bewilligt. Mit 32 zu 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen hat er die Vorlage an den Nationalrat überwiesen. Bei der Frage der Offset-Geschäfte hat sich eine rechtsbürgerliche Mehrheit durchgesetzt – gegen den Willen von Bundesrätin Viola Amherd. Von Lewin Lempert

Milliarden Schweizer Franken hat sich in der Debatte im Ständerat nichts geändert, bei den so genannten Offset-Geschäften hingegen schon. Der bundesrätliche Plan war es, diese Gegengeschäfte auf 60 Prozent des Kaufpreises zu begrenzen. Der Ständerat wollte davon nichts wissen und votierte für 100 Prozent-Offsets.

Subventionsfeilscherei

Dies bedeutet, dass der Hersteller von denjenigen Kampfjets, die bei einem JA der Bevölkerung am Schluss gekauft werden würden, den gesamten Vertragswert – also sechs Milliarden Franken – mit der Vergabe von Aufträgen in der Schweiz kompensieren müsste. Vereinfacht gesagt: Eine Industriesubvention mit der Giesskanne, finanziert durch Steuergelder. Der Entscheid für 100 Prozent-Offset-Geschäfte offenbart vor allem auch eines: Den PolitikerInnen aus SVP, FDP und CVP geht es anscheinend nicht wirklich um die ange-

lich sicherheitspolitische Notwendigkeit von Kampfjets. Untersuchungen zeigen nämlich, dass Offset-Geschäfte dazu führen, dass der Preis pro Kampfjet steigt. Wenn die rechtsbürgerliche Mehrheit sich also für mehr Offset-Geschäfte ausspricht, nimmt sie in Kauf, dass mit dem vorgegebenen Kostenrahmen von sechs Milliarden Franken weniger Kampfjets gekauft werden können – da diese teurer werden. Es ist klar, dass es die Strategie des Bundesrates war, dieses Argument der überteuerten Kampfjets aufgrund von übertriebenen Offset-Geschäften zu eliminieren. Nun zeigt sich, dass die bürgerlichen Parteien aber nicht ihren bürgerlichen Bundesratsmitgliedern folgen wollen, sondern lieber Steuergeld zum Fenster rauswerfen.

Auszug aus Fichen unter anderem zur GSoA-Zeitung.

| Alten | Datum | Gegen |
|-----------------|---------|---|
| (0)356/558 | 12.3.85 | aus "Bundesblatt" Nr 9: 'Volksin und für eine umfassende Friedens... tet als Urheber und berechtigt, i zurückzuziehen. Dasselbst aufgefüt |
| █ | 18.9.85 | Kontakt mit █ Anlässlich einer (beschligen). Süda |
| █ | 18.9.85 | Kontakt mit █ |
| (0)302/680 | 2.10.85 | v. ND-ZG; Bericht zur bewilligt v. 7.9.85 in Zug. Ca. 230 Teilr Organisator: SOZIALISTISCHE ARE Beilage: Flugblätter. |
| (0)4158)913/123 | 7.10.85 | v. Stapo/ZH; Bericht zur bewil ANTI-APARTHEID DE SUISSE v. 5. Teilnehmer; vereinzelt, klein schmierereien). Redner |
| (0)300.8/875 | 18.8.86 | aus BRESCHER: 'die Revolution trit besuchte für die BRESCHER die Post do: 'Kulturkampf in Nicaragua?' non Nicaragua-Aufenthalt. |
| | 1.9.86 | |

ARMEE

Schikanen im Wehrpflichtersatzsystem

Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) hat auch auf das System der Wehrersatzabgaben Auswirkungen. Besonders krass bekommen sie Männer zu spüren, die sich gerne einbürgern lassen würden.
Von Magdalena Küng

Mit der WEA ist vorgesehen, dass Stellungspflichtige zwischen dem 19. und dem 24. Altersjahr zur Rekrutierung antreten. Die Rekrutenschule soll bis zum vollendeten 25. Altersjahr abgeschlossen sein. Die Ersatzabgabe wird neu nicht mehr bis zum 30. Lebensjahr fällig, sondern kann bis zum 37. Altersjahr einkassiert werden. Insgesamt kann sie elf Mal eingefordert werden.

Das scheint auf den ersten Blick nicht übertrieben dramatisch. Was diese Änderung aber zur Schikane macht, ist die Tatsache, dass längst nicht alle Soldaten ihre Dienstpflicht erfüllen können: Teils, weil die Armee sie auf Grund mangelnden Bedarfs gar nicht erst aufbietet, teils, weil sie schlicht und einfach keine Zeit haben, dem überholten Dienstzwang nachzukommen. Betroffen sind vor allem diejenigen Personen, die aufgrund familiärer Verpflichtungen wie Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen sowieso schon einen grossen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Es trifft auch alle, die beruflichen Verpflichtungen nachkommen müssen. Haupt-

sächlich werden dies Selbstständige und Inhaber oder Mitarbeitende von KMUs sein, die ihren Betrieb nicht während mehreren Wochen auf Eis legen können.

Mehrfach für die Einbürgerung zahlen

Ein besonders krasser Einschnitt ist die Änderung aber für all jene Männer, die seit Jahren in der Schweiz leben, eventuell hier geboren sind, endlich mitreden möchten und sich um eine Einbürgerung bemühen: Neu müssen nämlich auch eingebürgerte Personen die Ersatzabgabe leisten, und zwar ebenfalls 11 Mal, längstens jedoch bis zum 37. Altersjahr. Da die Rekrutierung nur bis zum 24. Lebensjahr mög-

lich ist, gibt es danach keine Möglichkeit, die Dienstpflicht zu erfüllen. Zu den je nach Wohngemeinde ohnehin schon hohen Kosten für eine Einbürgerung kommt nun also auch noch die jährliche Ersatzabgaberechnung hinzu. Und das schlimmste: Schweizer mit erworbenem Bürgerrecht und Jahrgängen 1981 bis 1987 zahlen die elf Abgaben rückwirkend, da sie unter dem neuen Recht wieder ersatzpflichtig werden, wenn sie die obligatorische Wehrpflicht nicht erfüllt haben. Ein heute 32-jähriger Familienvater, der sich mit 30 einbürgern liess, muss nun noch bis zum vollendeten 37. Altersjahr jährlich drei Prozent seines Einkommens abgeben – und dies nur, weil die Schweiz nicht loslassen will von einem Dienstsystem, dass eher ins 18. Jahrhundert passt als in eine moderne Gesellschaft.

VOR 30 JAHREN

Die Skandal-Kaskade von 1989/90

Der Erfolg der GSoA-Initiative heizte die Fichen- und P-26-Skandale und den Kulturboykott an. Von Josef Lang

Die Abstimmung über die GSoA-Initiative fällt in eine Zeit der Skandale. 1988 brach die Kopp-Affäre aus, die zum Rücktritt der ersten Bundesrätin führte. Die Warnung, die sie als Justizministerin ihrem Mann, der mit einer fragwürdigen Firma verbandelt war, durchgegeben hatte, enthüllte den politisch-wirtschaftlichen Filz. Die im Januar 1989 eingesetzte Untersuchungskommission PUK-EJPD fand dann etwas, das sie gar nicht gesucht hatte: 900'000 Fichen über

AusländerInnen und dissidente SchweizerInnen! Deren Bekanntgabe zwei Tage vor der Abstimmung über eine Schweiz ohne Armee kam zu spät, um das Resultat zu beeinflussen. Aber dieses befeuerte danach die Skandalisierung und Protestbewegung.

Fichen und P-26

Am 3. März 1990 demonstrierten 35'000 Personen auf dem Bundesplatz gegen den Fichenstaat und für Transparenz. In der Folge reichten 300'000 Personen ein Einsichtsgesuch ein. Gleichzeitig wurde für die Volksinitiative Schweiz ohne Schnüffelstaat (SOS) gesamt-

melt. Als sie 1998 endlich zur Abstimmung kam, erreichte sie allerdings bloss noch 25 Prozent. In den Fichen selber fanden Offiziere und Soldaten Hinweise, dass es zusätzlich zur Registratur des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements noch eine militärische geben musste. Die im März 1990 eingesetzte PUK-EMD bestätigte acht Monate später die «militärische Überwachung innenpolitischer Aktivitäten».

Wie die PUK-EJPD fand die PUK-EMD zusätzlich etwas, das sie gar nicht gesucht hatte: eine Geheimtruppe namens P-26! Die ParlamentarierInnen kritisierten am 17. November 1990, dass diese «keiner demokratischen Kontrolle unterstand» und «eine potenzielle Gefahr für die verfassungsmässige Ordnung» darstellte. Oberst Albert Bachmann, der geistige Pate der 1981 gegründeten «Widerstandsorganisation», war Hauptautor des Zivilverteidigungsbuches gewesen. Dieses Ende 1969

vom Bundesrat herausgegebene Machwerk trug totalitäre Züge und richtete sich insbesondere gegen ArmeekritikerInnen. Die ebenfalls gegen die Linke gerichtete P-26 wurde Ende 1990 aufgelöst.

Dürrenmatts Grabrede

Im gleichen Jahr 1990 gab es einen von der WoZ initiierten Boykott: «Keine Kultur für den Schnüffelstaat». Er richtete sich gegen die Beteiligung an der Jubiläumsfeier 1291–1991. Die GSoA Zürich entwickelte daraus die Kampagne «700 Jahre sind genug». Höhepunkt der Skandal-Kaskade war die Rede des Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt zur Ehrung des tschechoslowakischen Präsidenten Vaclav Havel am 22. November 1990 in Zürich. Unter dem Titel «Die Schweiz – ein Gefängnis» rechnete er mit der Geistigen Landesverteidigung ab: «Das Gefängnis braucht keine Mauern, weil seine Gefangenen Wärter sind und sich selber bewachen.» Die bislang offizielle Staatsideologie überlebte Dürrenmatts Grabrede – als Parteiideologie der SVP.

KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

Was wird den Unterschied machen?

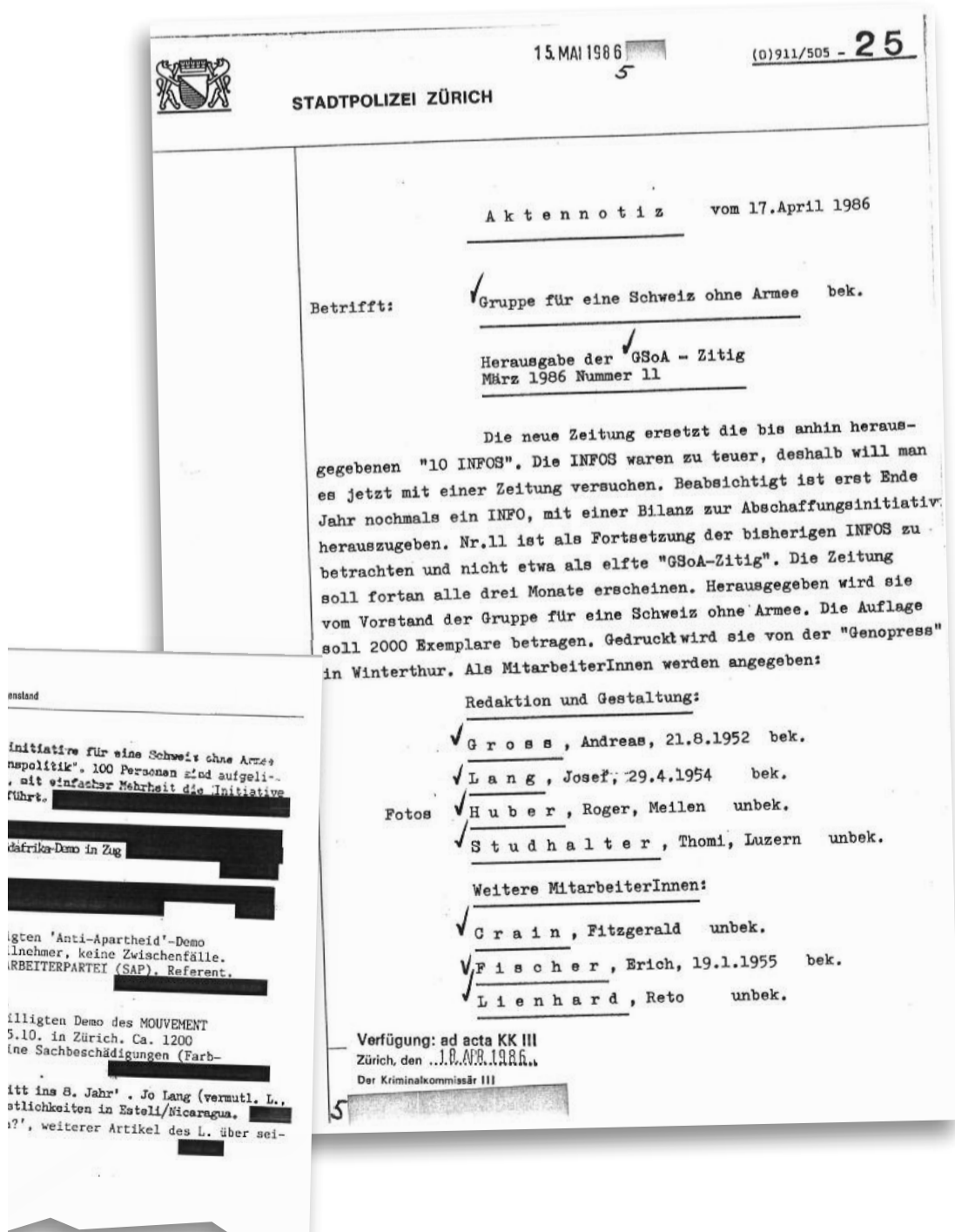
Das Jahr 2020 wird regelrecht zum Kampagnenjahr. Neben den Referenden gegen den Kauf von neuen Kampffjets und gegen einen erschwerten Zugang zum Zivildienst, versuchen wir die Bevölkerung in Sachen Kriegsgeschäfte-Initiative für uns zu gewinnen. Bevor wir mit der Kampagne starten, sollten wir uns mit zwei Elementen befassen, die sehr wahrscheinlich entscheidend werden. Von Thomas Bruchez

geschlagen, dasselbe könnte also bei der Kriegsgeschäfte-Initiative geschehen.

Die Unterstützungswelle für die Korrektur-Initiative nutzen

Innerhalb von drei Monaten, zwischen Dezember 2018 und Februar 2019, haben wir mehr als 100'000 Unterschriften für das Verbot von Kriegsmaterialexporten in Bürgerkriegsländer gesammelt und die Initiative schliesslich im Juni eingereicht. Diese rekordverdächtige Unterschriftensammlung verdankten wir nicht der pausenlosen Arbeit einer Handvoll AktivistInnen sondern einer breiten Mobilisierung innerhalb der Schweizer Bevölkerung. Den Leuten scheint bewusst zu werden, dass sich hinter der Fassade der Schweiz als exemplarisches neutrales Land mit einer starken humanitären Tradition eine weitaus weniger schöne Realität versteckt. Wenn sich die Bevölkerung über die Waffenexporte empört hat, warum tate sie es nicht bei der Finanzierung von Kriegsmaterial? Summa summarum dauert der Abstimmungskampf noch lang, doch die Zeichen stehen gut. Die Kampagne wird beginnen, sobald die Initiative dem Parlament unterbreitet wird und wird an einem noch nicht bekannten Abstimmungssonntag enden, hoffentlich mit einem Sieg!

Seit Dezember 2018 demonstrieren zehntausende Menschen jeden Monat fürs Klima. Diese Mobilisierung hatte bereits einen wichtigen Einfluss auf die Schweizer Politik und hat alle Parteien gezwungen, sich zu diesem Thema zu positionieren. Durch ihre Forderungen hat die Bewegung ebenfalls die Frage, was mit unserem Ersparten in den Banken und unseren Pensionskassengeldern geschieht, wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. So wollen KlimaaktivistInnen nicht, dass ihr Geld in Sektoren, die in fossilen Energien aktiv sind, investiert wird. Unsere Initiative ist da nicht weit entfernt, ist die Produktion und die Verwendung von Kriegsmaterial doch äusserst schädlich für die Umwelt. KlimaaktivistInnen haben sich bereits beim Kampffjetkauf auf unsere Seite



SEKI BERN

Auf Wiedersehen Nicolas, Willkommen Kishor

Nach rund anderthalb Jahren bei der GSoA lässt Nicolas Félix auf Ende Jahr seine Anstellung als politischen Sekretär hinter sich. Neues Gesicht in Bern wird Kishor Paul.
Von Moritz Lange

Nicolas hat während seiner Zeit im Seki Bern mit viel Elan und seinem starken Pflichtbewusstsein viel zum Neuaufbau der Regionalgruppe Bern beigetragen. Zudem hat er die Organisation des Ostermarschs übernommen. Nicolas trug mit seinem Bedürfnis, Zusammenhänge bis ins Detail zu verstehen, auch stark dazu bei, die inhaltliche und fachliche Arbeit der GSoA zu verbessern und den Übermut, der aus neuen Ideen entsteht, in konkreten Projekten und Arbeiten zu erden.

Er war immer zur Stelle und hatte eine Hand frei, wenn jemand Hilfe brauchte. Rund um den Umzug des Berner GSoA-Sekis wirkte Nicolas oft wie ein Ruhepol, der Ordnung ins Chaos brachte. Nun aber wird er uns auf Ende Jahr verlassen, weil er seinen Horizont noch in andere Richtungen erweitern möchte. Wohin es ihn wohl als Philosophiestudent als nächstes hinzieht? Wir sind gespannt! Nicolas wird sich zum Glück nicht gänzlich verabschieden, sondern noch bei der Organisation des nächsten Ostermarschs mitwirken. Und wir hoffen natürlich, dass er sich weiterhin aktiv in der Regionalgruppe, im Vorstand der GSoA und als Unterschriftensammler engagieren wird. Neues Mitglied des Sekretariats in Bern wird

Kishor Paul. Kishor, auch Kish genannt, ist angehender Historiker und Politikwissenschaftler und war schon in diversen privaten Hilfsorganisationen, Politgruppen und NGOs tätig. Bis Ende Oktober arbeitete er als Campaigner für die Nationalratswahlen bei der Sozialdemokratischen Partei Schweiz. Er wird in erster Linie Nicolas' Aufgaben übernehmen – die Organisation des Ostermarsches und die Planung der Veranstaltungen für die Regionalgruppe Bern, wobei ihm sicherlich auch sein grosses Netzwerk im Raum Bern zu Gute kommen wird. Wir wünschen Nicolas viele spannende Erlebnisse und Erfahrungen – welche Richtungen er auch immer einschlägt und freuen uns, Kish im Seki-Team willkommen zu heissen!



Kishor Paul

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____
 Str./Nr. _____ PLZ/Ort _____
 Tel. _____
 E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

| Stck. | Bezeichnung | für Frau/Mann | Grösse | Einzelpreis | Total |
|--------------------------|------------------------------------|---|--|-------------|-------|
| <input type="checkbox"/> | Peace-Button | | | Fr. 1.- | |
| <input type="checkbox"/> | T-Shirt Waffenvernichtungsmasse | <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.- | |
| <input type="checkbox"/> | T-Shirt «If war is the answer...» | <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.- | |
| <input type="checkbox"/> | Pullover «If war is the answer...» | <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 35.- | |
| <input type="checkbox"/> | T-Shirt «Stopp Kampfjets!» | <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 28.- | |
| <input type="checkbox"/> | T-Shirt «Gregor» | <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M | <input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL | Fr. 20.- | |
| <input type="checkbox"/> | «Gregor»-Feuerzeug | | | Fr. 2.- | |
| <input type="checkbox"/> | GSoA-Sackmesser | | | Fr. 25.- | |
| <input type="checkbox"/> | Friedensfahne | | <input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE | Fr. 12.- | |
| <input type="checkbox"/> | Kleber | | | kostenlos | |
| <input type="checkbox"/> | Jasskarten | <input type="checkbox"/> 0de Set <input type="checkbox"/> 0fr Set | | Fr. 5.- | |
| <input type="checkbox"/> | Feldpost-Päckli | | | Fr. 60.- | |

Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:

| | | |
|--------------------------|----------------------------|----------|
| <input type="checkbox"/> | Feuerzeug AUSGESCHOSSEN! | Fr. 2.- |
| <input type="checkbox"/> | Stofftasche AUSGESCHOSSEN! | Fr. 15.- |
| <input type="checkbox"/> | Turnbeutel AUSGESCHOSSEN! | Fr. 15.- |

Versandkostenanteil **Fr. 4.80**

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-
 Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-
 Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSSa, CP 151, 1211 Genève 8, <https://www.gsoa.ch/shop>



Impressum

Redaktion: Aline Bressoud (ab), Thomas Bruchez (tb), Jean Burgermeister (jb), Michael Christen (mc), Nicolas Félix (nf), Adi Feller (af), Magdalena Küng (mk), Josef Lang (jl), Moritz Lange (ml), Lewin Lempert (ll), Oger (og), Martin Parpan (mp), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Übersetzung:** Catherine Jost **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 18'800, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.-/ Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.